

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

UN-Vermittler erneut ohne Erfolg

Gespräche zwischen den Taleban und der ihnen feindlich gegenüberstehenden Allianz in Islamabad unter UN-Vermittlung sind am 26. Februar ergebnislos beendet worden. Beide Seiten konnten sich laut UN-Vermittler Norbert Holl nicht auf einen Zeitplan zum Gefangenenaustausch einigen. Immerhin hätten sie darin übereingestimmt, daß es keine militärische Lösung des Konflikts geben könne. Holl bezeichnete die Gespräche als sehr schwierig und nannte es bedauerlich, daß die Kämpfe währenddessen weitergegangen seien. Er wollte jedoch keinen der Gegner für die mangelnden Fortschritte verantwortlich machen. Bereits am 29. Januar hatte Holl gegenüber Mullah Muhammad Rabbani, einem führenden Mitglied der Taleban, eine neue Offensive der Bewegung als "Schlag gegen den (von ihm) angestrebten Waffenstillstand" bezeichnet. Die Offensive war drei Stunden nach Gesprächen zwischen den drei Kriegsparteien in Islamabad gestartet worden. Die Taleban-Miliz hatte die Gespräche für gescheitert erklärt.

Bart und Schleier reichen nicht

Die Taleban verschärften die Bart-Vorschriften für afghanische Männer. Demnach reicht jetzt nicht mehr ein einfacher Kinnbart aus, er darf nunmehr nicht mehr beschnitten werden. Mitte Februar untersagten die Taleban es ihren Kämpfern und Funktionären, Zigaretten zu rauchen und lange Haare zu tragen.

Konferenz in Teheran

Auf einer internationalen Afghanistan-Konferenz in Teheran riefen Vertreter des gastgebenden Iran, Pakistans, der Türkei, Turkmenistans, der UN-Sondergesandte für Afghanistan sowie Abgesandte der vertriebenen Kabuler Regierung am 26. Januar die Taleban zu einem sofortigen Waffenstillstand auf. Sie sprachen sich ferner für den Austausch aller Kriegsgefangenen aus. An der Konferenz nahmen auch der ehemalige Interimspräsident Burhanuddin Rabbani und der von ihm ernannte Ministerpräsident Gulbuddin Hekmatyar teil, die ebenfalls eingeladenen Taleban blieben ihr hingegen fern. Zwei Tage später reagierten sie indirekt auf die Vorschläge von Te-

heran. Taleban-Informationsminister Amir Khan Mutaqi erklärte in Kabul, man sei zu einer Waffenruhe sowie einem Gefangenentausch bereit. Auf keinen Fall würden die Taleban aber die Macht mit der ehemaligen Regierung Rabbanis teilen. Am 19. Februar erklärte jedoch der Vorsitzende des regierenden Übergangsrates der Taleban, Mullah Muhammad Rabbani, in Kabul, Verhandlungen seien zwecklos. In den vergangenen drei Jahren hätten die Gegner der Taleban Gespräche stets dazu genutzt, ihre Kräfte zu verstärken und danach eine Offensive zu starten.

Taleban-Vormarsch

Nachdem die Taleban fast die gesamte Provinz Parwan beherrschen, versuchen sie derzeit, mit einer Strategie militärischen Drucks und gleichzeitiger Verhandlungen durch die Provinz Bamian in Richtung Nord-Afghanistan vorzurücken. Der direkte Weg in dieses von General Abdurrahman Dostum beherrschte Gebiet ist durch die Sprengung eines Teils der Salang-Paßstraße gegenwärtig unmöglich. Deshalb versuchen die Taleban, den Salang im Westen zu umgehen. Mitte März standen sie sich am Schibar-Paß im oberen Ghorband-Tal mit mehreren schiitischen Gruppierungen gegenüber, mit denen Geheimverhandlungen über eine kampflose Passage laufen sollen. Ähnlich hatten die Taleban Mitte 1996 die Stadt Dshalalabad eingenommen. Die schiitische 'Partei der Islamischen Einheit' bestritt am 25. Februar, daß der Schi-

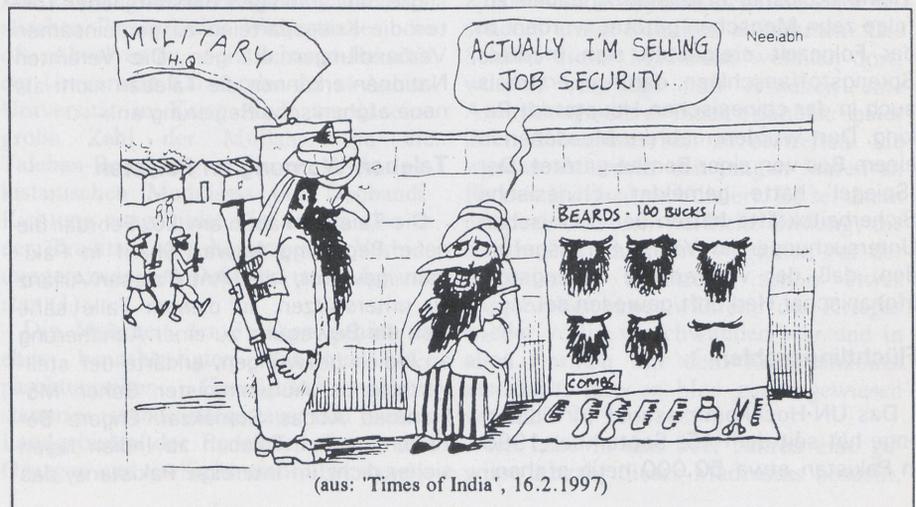
bar-Paß bereits gefallen sei.

Kämpfe in Kunar

Zu Kämpfen zwischen Taleban und einer Allianz örtlicher Stammeskräfte kam es Mitte Februar in der afghanischen Nordostprovinz Kunar nahe der pakistanischen Grenze. Die Allianz blockierte einige Tage lang die Straße in die Provinzhauptstadt Assadabad. Die Stämme Salarzai, Mischwani und Gudschar werden von Hadshi Zain und Hadshi Kaschmir Khan angeführt. Zain beherrscht den Holzhandel (bzw. -schmuggel) nach Pakistan; in Kunar befinden sich einige der letzten Waldbestände Afghanistans. Kaschmir Khan war früher lokaler Kommandant der 'Hezb-e Islami' (Islamische Partei) von Gulbuddin Hekmatyar. Die Kämpfer beider wurden von Leuten des von den Taleban vertriebenen Gouverneurs der wichtigen Stadt Dshalalabad, Hadshi Abdul Qadir, unterstützt, die sich in Pakistan reorganisiert haben sollen. Beobachter vermuten dahinter eine Änderung der pakistanische Haltung zu den Taleban. Inzwischen sollen die Taleban in Kunar die Oberhand gewonnen haben.

USA auf Distanz zu Taleban

Das US-Außenministerium hat einer diplomatischen Anerkennung der Taleban durch die Regierung in Washington eine eindeutige Absage erteilt. Ende Januar erklärte ein Sprecher des State Department, eine Anerken-



nung der Taliban-Regierung komme "nicht in Frage". Er äußerte sich zudem besorgt über die Lage der Frauen und Mädchen in Afghanistan, deren Rechte von den neuen Machthabern mißachtet würden. Das Regime der Taliban wird bisher von keinem Land der Erde offiziell anerkannt.

Usbekistan will Anschluß an Afghanistan-Pipeline

Das Konsortium der Ölgesellschaften UNOCAL (USA) und Delta Oil (USA/Saudi-Arabien) hat im Januar ein Abkommen mit der Regierung Usbekistans unterschrieben, das die Prüfung der Möglichkeit vorsieht, einen Teil des usbekischen Pipeline-Netzes an eine geplante Erdöl- und Erdgasleitung durch Afghanistan anzuschließen. Eine entsprechende Bitte war vom usbekischen Staatschef Islam Karimow Ende letzten Jahres vorgetragen worden. Die bisher geplante sogenannte 'Central Asia Oil Pipeline' (CAOP) soll die Öl- und Gasfelder Turkmenistans mit einem pakistanischen Tiefseehafen bzw. der Stadt Multan verbinden. Die Afghanistan-Pläne der beiden Gesellschaften, die nach eigenen Angaben Kontakte zu "allen afghanischen Fraktionen" unterhalten, hatten für Mutmaßungen gesorgt, wonach sie die Taliban-Bewegung finanzierten. Die Bewegung kontrolliert mittlerweile das gesamte afghanische Gebiet, durch das die geplante Trasse verlaufen soll.

China beschuldigt Taliban

Die Regierung der Volksrepublik China hat den Taliban und der in Pakistan ansässige Organisation 'Tablighe- Jamaat' (Propaganda-Gesellschaft) vorgeworfen, die Revolte muslimischer Separatisten in seiner Nordwest-Provinz Xinjiang (Ostturkestan) zu unterstützen. Bei spontanen Demonstrationen und anschließenden antichinesischen Pogromen waren Anfang Februar in der Stadt Yining (Kuldsha) offiziellen Angaben zufolge zehn Menschen getötet worden. In der Folgezeit ereigneten sich mehrere Sprengstoffanschläge, darunter erstmals auch in der chinesischen Hauptstadt Peking. Dort wurden mehrere Menschen in einem Bus von einer Bombe getötet. Der 'Spiegel' hatte gemeldet, chinesische Sicherheitskräfte hätten bei chemischen Untersuchungen in Yining herausgefunden, daß der verwendete Sprengstoff afghanischer Herkunft gewesen sei.

Flüchtlingszahlen

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge hat seit dem 15. September 1996 in Pakistan etwa 50.000 neue afghani-

sche Flüchtlinge registriert. Die meisten von ihnen seien Tadshiken.

Afghanischer Roter Halbmond bittet um Hilfe

Der Präsident des afghanischen Roten Halbmond, Seyyed Ahmad Ghafari, hat am 30. Januar die Lage in Kabul als "grauenhaft" bezeichnet und die Weltgemeinschaft zu verstärkter Hilfe aufgerufen. Die bisherige internationale Hilfe reiche bei weitem nicht aus, um alle Hungernden zu versorgen, zumal in den vergangenen Wochen zehntausende Flüchtlinge aus den Gebieten nördlich von Kabul in die Stadt gekommen seien. Nach Schätzungen internationaler Hilfsorganisationen sind etwa 80 Prozent der Kabuler Bevölkerung auf Hilfe von außen angewiesen.

Taliban wollen "islamisches Fernsehen"

Die Taliban haben am 15. Februar angekündigt, das seit September 1996 verbotene Fernsehen eingeschränkt wieder zuzulassen. Es würden jedoch nur Sendungen übertragen, die mit dem islamischen Gesetz vereinbar seien. Dazu zählten Dokumentationen und künstlerische Sendungen, die der Scharia angepaßt würden. Der einzige Rundfunksender 'Radio Scharia' darf künftig keine Musik mehr spielen, da dies ebenfalls unislamisch sei. Unter der Regierung Rabbani wurden noch einige iranische und japanische Filme gezeigt.

UN-Sicherheitsrat will Afghanistan beobachten

Die fünf ständigen Mitglieder haben den UN-Sicherheitsrat am 18. Februar aufgefordert, das von den Taliban kontrollierte Afghanistan zu beobachten. Rußland, die USA, Großbritannien, Frankreich und China befürworteten ferner UN-Einsätze in dem Land. Der russische UN-Botschafter Sergej Lawrow sagte, die ständigen Ratsmitglieder sollten die Kriegsparteien zu gemeinsamen Verhandlungen drängen. Die Vereinten Nationen erkennen die Taliban nicht als neue afghanische Regierung an.

Taliban-Warnung an Pakistan

Die Taliban haben am 20. Februar die neue Regierung Nawaz Sharif in Pakistan gewarnt, die Anti-Taliban-Allianz zu unterstützen. In diesem Falle sähe sich die Bewegung zu einer Annäherung an Indien gezwungen, erklärte der stellvertretende Außenminister Scher Mohammad Abbas Stanakzai. Engere Beziehungen der Taliban zu Indien lägen sicher nicht im Interesse Pakistans, das

seit langem mit dem Nachbarstaat im Streit liege, so Stanakzai. Nawaz Sharif hatte kurz nach seiner Wahl angekündigt, die Haltung Pakistans gegenüber den Taliban zu überdenken. Die vorherige Regierung unter Benazir Bhutto soll die Taliban unterstützt haben, während Sharif im Verlauf seiner ersten Amtszeit die Islamische Partei Gulbuddin Hekmatyars unterstützte.

GUS-Staaten gegen Taliban

Die Verteidigungsminister Rußlands, Usbekistans, Kirgistans und Tadshikistan haben am 25. Februar erneut Abwehrmaßnahmen gegen einen möglichen Vormarsch der Taliban an die Südgrenze der Gemeinschaft besprochen. Bei einem Treffen in Moskau arbeiteten sie einen Plan der Zusammenarbeit für diesen Fall aus, berichtete die russische Nachrichtenagentur Interfax. Der russische Verteidigungsminister Igor Rodjonow sagte nach dem Treffen, der Konflikt in Afghanistan bedrohe die Sicherheit in der Region. Er rief die vier Staaten zu gemeinsamen Anstrengungen auf, um die Friedensbemühungen in Afghanistan wieder in Gang zu bringen.

Frauenprojekte laufen weiter

In der Region Khost (Ost-Afghanistan) hat der Druck der Bevölkerung dafür gesorgt, daß die Taliban gemischte Schulen von Jungen und Mädchen tolerieren. Eine soll sich sogar in einer Moschee befinden, berichtete der 'Afghanistan News Service' am 28. Februar. In Tschak-e Wardak läuft auch ein Mutter-und-Kind-Hospital weiter, das eine deutsche Hilfsorganisation vor etwa acht Jahren eingerichtet hatte. Dort werden mehrere Afghaninnen als Basis-Gesundheitshelferinnen ausgebildet.

Angeblich Mordanschlag auf Hekmatyar

Bereits im Februar hätten Kämpfer der "Islamischen Partei Afghanistans" zwei Männer festgenommen, die im Auftrag des früheren afghanischen Verteidigungsminister Ahmad Schah Masud dessen Rivalen, Parteichef Gulbuddin Hekmatyar, ermorden sollten. Das berichtete am 2. März die Nachrichtenagentur 'Afghan Islamic Press' (AIP) mit Sitz in Pakistan unter Berufung auf Parteisprecher Ghairat Bahir. Ferner sei es laut Bahir in der Provinz Baghlan, nördlich von Kabul, zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen Einheiten Masuds und des Warlords Dostum einerseits sowie Hekmatyars andererseits gekommen. Baghlan ist eine der Hochburgen Hekmatyars, der eigentlich wie

Masud und Dostum zur Anti-Taleban-Allianz gehört. Zwischen Masud und Hekmatyar besteht allerdings eine langjährige Feindschaft, die zudem durch Vorwürfe Masuds vertieft worden war, die Kämpfer Hekmatyars hätten im vergangenen Herbst die Taleban kampfflos nach Kabul einziehen lassen.

Arbeitsverbot für ausländische Reporter

Am 8. März teilte das Taleban-Außenministerium mit, daß für Fotografen und Fernsehjournalisten das "Fotografieren und Filmen lebender Körper verboten" sei, weil dies gegen das islamische Recht verstoße. 'Radio Kabul' ('Radio Scharia') gab zudem bekannt, daß Afghanen wie Ausländern der Im- und Export von Video-Kassetten und Kassettenrecordern untersagt sei. Am 27. Februar verboten die Taleban Ausländern, Bücher und Zeitschriften nach Afghanistan einzuführen, weil sie "gegen den Islam gerichtete" Informa-

tionen enthalten könnten.

Wieder auf der schwarzen Liste

Die US-Regierung hat Afghanistan erneut auf die "schwarze Liste" jener Länder gesetzt, die nicht genügend bei der Bekämpfung des Drogenhandels kooperieren. Damit erhält das Land weiter keine US-Auslandshilfe. Außerdem kann Washington damit Gelder der internationalen Finanzorganisationen für Afghanistan blockieren. Daneben stehen Kolumbien, Burma, Iran, Nigeria und Syrien auf dem Index. Ausgesetzt wurden die Sanktionen unter anderem für Pakistan.

Schwäbisch-Afghanischer Kopftuch-Streit

Die 24jährige muslimische Afghanin Fereschte Ludin darf an Schulen in Baden-Württemberg mit Kopftuch unterrichten. Das bestätigte das Kultusministerium des Landes am 17. Februar in

Stuttgart mit der Zulassung zum Referendariat. Bisher hatte ihr das Ministerium dies mit der Begründung verweigert, sie werbe für den Islam, wenn sie im Unterricht ein Kopftuch trage. Nunmehr sprach die Behörde von einem "Abwägungsprozeß" zwischen der Neutralität der Schule einerseits und dem Gebot, den Abschluß einer Ausbildung zu ermöglichen. Ludin erklärte nach der Entscheidung, sie wolle niemanden zum Islam bekehren, sondern verlange lediglich Toleranz für das, wovon sie überzeugt sei. Das Kopftuch gehöre zu ihrer Persönlichkeit, sie könne es daher nicht einfach im Unterricht ablegen. Ludin hatte im Herbst 1996 ihr Studium an der Pädagogischen Hochschule in Schwäbisch Gmünd abgeschlossen. Im Februar wollte sie ihr Referendariat zur Hauptschullehrerin beginnen. Ihr Seminarleiter fand zunächst aber keine Schule, die ihr erlaubt hätte, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen.

Die soziale Herkunft der Taleban

Von Mariam Abou Zahab

Sie werden als Studenten oder als Analphabeten beschrieben. Man sagt, sie seien von Pakistan manipuliert und paschtunische Nationalisten. Man prüft die Ideologie ihrer Chefs. Aber wer sind sie, die einfachen Soldaten der Taleban? Woher kommen sie?

Selbst wenn die Taleban in ihren Reihen professionelle Soldaten und ehemalige Khalqi (ehemalige Mitglieder der regierenden, prosovjatischen 'Demokratischen Volkspartei Afghanistans' (DVPA)) haben, die sich ihnen aus unterschiedlichen, oft ethnischen oder tribalen Gründen anschlossen, entstammt die Mehrheit der Taleban privaten afghanischen oder pakistanischen Madrassas (Koranschulen). Im Gegensatz zu den Anführern der fundamentalistischen Parteien des Widerstandes, die oft Absolventen der Schariat-Fakultät der Universität Kabul oder der al-Azhar-Universität in Kairo sind, wurde eine große Zahl der Mullahs, die die Taleban-Bewegung anführen, an den pakistanischen Madrassas der Deoband-Richtung ausgebildet. Sie stehen also in der Tradition der bevorzugten Verbindungen zwischen Deoband und Afghanistan (1).

Die Mehrheit der Taleban gehört zu eher benachteiligten Schichten der paschtunischen Gesellschaft. Viele stammen insbesondere aus den armen Landgebieten der Provinzen Zabul und Oruzgan und verfügen nicht über das so-

ziale Ansehen und die Macht, die mit Landbesitz verbunden ist. Waisen sind unter ihnen zahlreich: aus kleinen privaten oder mit einer der Widerstandsparteien verbundenen Madrassas, im wesentlichen mit der 'Harakat-e Enqelab-e Islami' (Bewegung der Islamischen Revolution) von Maulawi Muhammadi, die manchmal in Mudshahedin-Stützpunkten eingerichtet wurden und während der sowjetischen Besetzung Kinder von Märtyrern (schahid) oder besonders armer Familien aufnahmen. Die Schüler dieser Madrassas wohnten dort, wurden gepflegt und erhielten eine Ausbildung, die es ihnen erlaubte, später ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie wurden außerdem von jungen Jahren an für den Dshihad mobilisiert. Es sei daran erinnert, daß sich weltliche Bildung, die sich in den ländlichen Regionen vor der sowjetischen Besetzung schon etwas ausgebreitet hatte, während des Krieges wieder völlig verschwunden war und in allen Formen mit dem Kommunismus assoziiert, also en bloc zurückgewiesen wurde.

Ich habe in den 80er Jahren eine gewisse Anzahl dieser Madrassas besucht,